

Vorlage zu Tagesordnungspunkt 16

Beratung und Beschlussfassung über allgemeine Anträge

Antrag **Erhalt der nationalen Bestimmungen des lebenslangen Führerscheins in Deutschland**

Die Landestagung am 21. Oktober 2023 in Gerlingen der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen:

In diesem Zusammenhang spricht sich die SU dafür aus, dass die bestehenden nationalen Bestimmungen des lebenslangen Führerscheins erhalten bleiben. Die Vorschläge der Grünen im Europäischen Parlament zur Reform des Führerscheinwesens werden vollständig abgelehnt. Die bestehenden Regelungen der Senioren-Union reichen aus. setzt sich die Senioren

Begründung Die Senioren-Union setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass ältere Menschen am gesellschaftlichen und privaten Leben uneingeschränkt teilhaben können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist Mobilität. Diese wird für viele Ältere auch durch das Auto und den Führerschein gewährleistet.

Auch bei diesem Thema wendet sich die Senioren-Union gegen eine Bevormundung der Menschen, wie sie der Entwurf einer EU-Richtlinie vorsieht, den eine Abgeordnete der französischen Grünen vorgelegt hat. Dieser enthält zahlreiche unerträgliche Einschränkungen beim Fahren für ältere und jüngere Menschen. Die Senioren-Union wendet sich gegen die grüne Verbotspolitik und setzt dagegen auf das Recht zur individuellen Mobilität mit dem Auto. Grundvoraussetzung dafür ist natürlich der Führerschein. Die Senioren-Union verurteilt deshalb jegliche altersdiskriminierenden Bestimmungen beim Führerschein. Wir vertrauen darauf, dass ältere Menschen selbst am besten einschätzen können, wann sie nicht mehr fahren können. Dies hat in der Vergangenheit sehr gut funktioniert. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern, und ein freies, verantwortliches Leben im Alter durch Vorschriften einzuengen und auszuhöhlen. Die geplante EU-Richtlinie wird deshalb in allen Belangen, die ältere Menschen betrifft, vollkommen abgelehnt! Allen Bestrebungen, die Mobilität und damit die Freiheit einzuschränken, erteilt die Senioren-Union eine klare Absage: „Finger weg vom Führerschein!“

Votum der
Antrags-
kommission

Die Antragskommission schlägt vor, Antrag A1 und A 2 zusammenzufassen in folgendem Wortlaut:

Schleichende Altersdiskriminierung
Erhalt der nationalen Bestimmungen des lebenslangen Führerscheins in Deutschland

Der Landestag spricht sich entschieden gegen jegliche Vorhaben der Gesetzgebungsorgane aus, die sich gegen die Selbstverantwortung der Älteren richten.

Die bestehenden nationalen Bestimmungen des lebenslangen Führerscheins müssen erhalten bleiben. Die Vorschläge der Grünen im Europäischen Parlament zur Reform des Führerscheinwesens werden vollständig abgelehnt.

**Begründung von A 1 wird übernommen
A 2 hat sich bei Annahme der Formulierung der Antragskommission erledigt.**

Annahme in geänderter Fassung
 Ablehnung
 erledigt

--	--

A2 Antragsteller: BV Alb-Donau-Ulm

Antrag **Schleichende Altersdiskriminierung**

Die Landestagung am 21. Oktober 2023 in Gerlingen der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen:

Der Landestag spricht sich entschieden gegen jegliche Vorhaben der Gesetzgebungsorgane aus, die sich gegen die Selbstverantwortung der Älteren richten.

Begründung Die EU plant eine Führerschein-Reform, um die Zahl der Verkehrstoten zu senken. Sie sieht auch vor, dass Rentnerinnen und Rentner alle fünf Jahre zum Fahrtauglichkeits-Check sollen. Dies ist nur ein aktuelles Beispiel für eine schleichende Diskriminierung . Mit der Zustimmung zu diesem Antrag würde die Landestagung auch den gleichgerichteten Beschluss der Bundestagung stärken.

Votum der Antragskommission	Erledigt bei Annahme Vorschlag Antragskommission A 1	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> erledigt
-----------------------------	---	--

A3 Antragsteller KV Main-Tauber-Kreis

Antrag **Tempo 130 auf deutschen Autobahnen**

Die Landestagung am 21. Oktober 2023 in Gerlingen der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen:

Die SU Baden-Württemberg schlägt vor, dass sich die CDU Deutschlands für eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 130 auf deutschen Autobahnen einsetzt.

Begründung Die Diskussion über die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf deutschen Autobahnen ist in Deutschland seit vielen Jahren ein kontroverses Thema. In unserer Versammlung haben wir die Vorteile und Nachteile zunächst gesammelt, dann diskutiert und anschließend im Rahmen der Abstimmung sorgsam abgewogen und gewertet.

Vorteile eines Tempolimits von 130 km/h auf deutschen Autobahnen:

1. Sicherheit: Einer der Hauptvorteile eines Tempolimits ist die potenzielle Steigerung der Verkehrssicherheit. Bei höheren Geschwindigkeiten erhöht sich das Unfallrisiko, und die Unfälle sind in der Regel schwerwiegender. Ein Tempolimit von 130 km/h könnte dazu beitragen, die Anzahl und Schwere der Unfälle zu reduzieren.
2. Umweltschutz: Langsameres Fahren führt oft zu einem geringeren Kraftstoffverbrauch und damit zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Dies könnte einen Beitrag zur Verringerung der Luftverschmutzung und zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Laut Bundesumweltamt könnten bis zu 4,9 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.
3. Lärmreduzierung: Höhere Geschwindigkeiten auf Autobahnen führen zu mehr Lärm, der die Lebensqualität der Menschen entlang der Autobahnen beeinträchtigen kann. Ein Tempolimit könnte dazu beitragen, die Lärmbelastung zu verringern.
4. Gleichmäßiger Verkehrsfluss: Ein Tempolimit kann dazu beitragen, den Verkehrsfluss auf Autobahnen gleichmäßiger zu gestalten, da weniger Unterschiede in der Geschwindigkeit zwischen den Fahrzeugen bestehen. Dies könnte Staus und gefährliche Situationen reduzieren.

5. Weniger Schilder: Dies führt zu Kosteneinsparungen.

Votum der Antragskommission	Ablehnung	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	
		<input type="checkbox"/> erledigt	

A4 Antragsteller BV Südbaden

Antrag **Antrag zur Verbesserung der Versorgung mit Landärzten**

Die Landestagung am 21. Oktober 2023 in Gerlingen der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen:

Die Senioren Union Landesverband fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion auf, zu beschließen, dass die Anzahl der Medizin-Studienplätze für studierende, die bereit sind, Allgemeinärzte im ländlichen Raum zu werden, von gegenwärtig 75 auf 200 zu erhöhen.

Begründung In vielen Regionen Baden-Württembergs ist die Versorgung mit Hausärzten angespannt, insbesondere im ländlichen Raum. Es wurde in 2022 festgestellt, dass es eine Unterversorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten gibt, der Versorgungsgrad liegt bei 75 Prozent.

In der letzten Legislatur wurde die Zahl der Medizinstudienplätze im Land um 10 Prozent (150 Plätze) erhöht.

Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion flankieren die Landarztquote eingeführt, die Bewerbern, die sich nach ihrem Studium in einer schlechter versorgten Region tätig zu werden, einen bevorzugten Zugang zum Studium ermöglicht. Sie stellt gleichzeitig sicher, dass die zusätzlichen Studienplätze auch tatsächlich schlechter versorgten Regionen zu Gute kommt. Dieses Modell ist bestens angelaufen.

Die nach der Landarztquote zur Verfügung stehenden Studienplätze waren sowohl im Wintersemester 2021/2022 als auch im Wintersemester 2022/2023 um ein vielfaches überzeichnet. Deshalb ist es dringend erforderlich, dieses wichtige Vorhaben weiter zu unterstützen und von gegenwärtig 75 auf 200 Studienplätze aufzustocken, und damit allen Willigen die Möglichkeit zum Medizinstudium zu geben, und die Landarztquote aufzustocken.

Votum der Antragskommission	Annahme	<input type="checkbox"/> Annahme	<input type="checkbox"/> in geänderter Fassung
		<input type="checkbox"/> Ablehnung	
		<input type="checkbox"/> erledigt	

A5 Antragsteller: BV Südbaden

Antrag **Antrag zur Übernahme von Kindergartengebühren**

Die Landestagung am 21. Oktober 2023 in Gerlingen der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen:

Die Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion auf, die Kindergartengebühren wie in anderen Bundesländern zu übernehmen.

Begründung **Die Kinder sind unsere Zukunft!**
Nach einer internationalen Grundschuluntersuchung können die Schülerinnen und Schüler immer schlechter lesen. Ein Viertel der Viertklässler erreicht noch nicht einmal den international festgelegten Lesestandard.
Es reicht nicht aus, das schlechte Wissen und Können der Viertklässler zu erkennen und zu beklagen, sondern es muss vor der Einschulung eine verbindliche Vorschule als individuelle Sprachförderung erfolgen.

Votum der Antragskommission	Verweisung in den Landesvorstand	<input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> erledigt
-----------------------------	---	--

1 **Antrag A 6**

2 **Antragsteller: Claus Bernhold**

3

4 Der Landestag der Senioren-Union Baden-Württemberg möge beschließen, nachfolgenden Antrag
5 auf dem CDU Landesparteitag einzubringen:

6

7 Die CDU Baden-Württemberg und die Fraktion der CDU im Landtag von Baden-Württemberg werden
8 aufgefordert, sich für die im Folgenden dargestellten Forderungen und Ziele einzusetzen und diese in
9 die programmatische und parlamentarische Arbeit ihrer Gremien einzubeziehen.

10

11 **Präambel**

12

13 Geleitet vom christlichen Menschenbild und den Grundsätzen der CDU setzt sich die Senioren-Union
14 der CDU Baden-Württemberg dafür ein, dass die Anliegen der älteren Generation in unserer
15 Gesellschaft und im guten Miteinander von Alt und Jung angemessen berücksichtigt werden.

16 Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist brüchiger geworden. Gesellschaftliche Strömungen
17 haben sich vielfältig und unübersichtlich entwickelt. Die Senioren-Union will mit Kenntnissen und
18 Lebenserfahrung dazu beitragen, dass die Menschen wieder einander näherkommen und dass unser
19 Land enger zusammenwächst.

20

21 In einer Gemeinschaft, die geprägt ist von zunehmender Individualisierung und von kultureller
22 Vielfalt, ist es wichtig, einen respektvollen Umgang zu fördern und persönliche Begegnungen zu
23 unterstützen. Zunehmend fühlen Menschen sich einsam, ausgegrenzt und von der Gesellschaft nicht
24 akzeptiert. Die Senioren-Union will eine Kultur des Miteinanders, die Respekt, gegenseitige
25 Anteilnahme und Hilfe fördert.

26 Dazu gehört die Gestaltung der allgemeinen Lebenssituation älterer Menschen mit Blick auf die
27 Daseinsvorsorge. Städte, Gemeinden und Landkreise als Organe der kommunalen Selbstverwaltung
28 spielen hierbei eine verantwortliche Rolle. Die Senioren-Union will, dass ältere Menschen
29 uneingeschränkt und umfassend Zugang zu allen kommunalen Angeboten und Leistungen haben.
30 Eine gute Daseinsvorsorge trägt entscheidend dazu bei, dass diese Altersgruppe so lange als möglich
31 selbstbestimmt und eigenständig in eigenem Wohnbereich und gewohntem Umfeld leben kann.

32

33 Ein besonderes Augenmerk der Senioren-Union gilt der Bereitstellung der staatlichen Leistungen und
34 Güter, die allgemein zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz notwendig sind. Hierzu zählen
35 u.a. öffentliche und private Dienstleistungen, Verwaltung, Gesundheitsversorgung, Energie- und
36 Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Polizei, Feuer-wehr, Telekommunikation,
37 Internet, Rundfunk, sozialer Wohnungsbau und der ÖPNV.

38

39 Nur eine lebendige, engagierte und beharrliche Politik in den Ortschaftsräten, Gemeinderäten, Kreis-
40 und Regionalräten wird diese Ziele erreichen. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen muss es für
41 die CDU darum gehen, vor Ort maßgeblich zu bleiben. Es braucht mündige, engagierte und

42 verantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Kommunalparlamenten der
43 verschiedenen Ebenen zur Verfügung stellen. Die Senioren-Union wird sich bei der Suche nach
44 Kandidatinnen und Kandidaten aktiv beteiligen.

45

46 Im Rahmen der Daseinsvorsorge fordert die Senioren-Union:

47

48 • Mit steigender Lebenserwartung und Zunahme von Krebs-, Herz-, Kreislauferkrankungen, Diabetes
49 und psychischer Leiden, muss eine Stärkung unseres Gesundheitswesens einhergehen. Dazu muss
50 eine flächendeckende Versorgung einschl. hausärztlicher, geriatrischer und Krankenhausversorgung
51 sichergestellt sein.

52 Gute medizinische Versorgung umfasst nicht nur die Behandlung von Krankheiten, sondern auch die
53 Prävention und Rehabilitation.

54 Der Ausbau der Telemedizin ist notwendig, darf aber nicht zu Lasten der persönlichen Arzt-Patient-
55 Kontakte gehen.

56 Zur Daseinsvorsorge gehört auch eine gesicherte Bevorratung von Medikamenten. Die Abhängigkeit
57 von ausländischen Lieferanten ist zu beenden und die heimische pharmazeutische Produktion zu
58 stärken.

59

60 • Entwicklung und Einführung eines nachhaltigen und bezahlbaren Pflegekonzeptes auf der
61 Grundlage der Pflegeversicherung. Die Corona-Pandemie hat nochmals die große gesellschaftliche
62 Bedeutung der Pflege für kranke und ältere Menschen deutlich vor Augen geführt.

63 Die Personalsituation und die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen wirksam verbessert werden.

64 Häusliche Versorgung, Pflege- und Altenheime, betreutes Wohnen sowie ambulante und stationäre
65 Pflegedienste sind als unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung zu unterstützen.

66

67 • Die Daseinsvorsorge muss Begegnungsmöglichkeiten, Mehrgenerationenhäuser, Seniorentreffs und
68 ähnl. fördern, um ein lebendiges Miteinander der Generationen zu erreichen und Alterseinsamkeit
69 und Isolation zu verhindern. Hierzu gehört auch die Unterstützung von kulturellen und sportlichen
70 Angeboten, sowie die Einrichtung von Besuchs- und Telefondiensten, psychologischer
71 Beratungsdienste und Freizeitaktivitäten.

72

73 • Gewährleistung innerer Sicherheit und Schutz vor Kriminalität im Wohnquartier u.a. durch
74 Erhöhung der Präsenz von Polizeikräften, um das Sicherheitsgefühl allgemein zu verbessern. Dazu
75 können auch Überwachungskameras und Verbesserung der Beleuchtung in öffentlichen Bereichen
76 beitragen.

77 Zusätzlich kann nachbarschaftliche Solidarität und Aufmerksamkeit die Sicherheit in Wohngebieten
78 ergänzen und verbessern.

79

80 • Barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbau bzw. -umbau im privaten und sozialen Bausektor
81 einschl. des Angebots alter-nativer Wohnformen fördern.

82 Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung müssen in den kommenden Jahren Antworten geben
83 auf die demografischen Veränderungen der Altersstruktur. Verstärkte Aufgabe der Kommunen ist es,
84 bei der Stadtplanung die Bedürfnisse der älteren Generation zu beachten. Im Wohnquartier gehören
85 dazu auch barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und öffentlichen Plätzen
86 u.a. Bahnsteige, Bus- und Straßenbahnhaltstellen. Angemessenes Verhalten und gegenseitige
87 Rücksichtnahme im Straßenverkehr (insbesondere Rad- und Rollerfahrer <--> Fußgänger) verhindern
88 Gefährdung und Unsicherheit bei Kindern und Älteren.

89

90 • Selbstständigkeit und Mobilität unterstützen und fördern, um älteren Menschen zu ermöglichen,
91 alltägliche Aufgaben, wie Einkaufen, Haushaltsarbeiten, Besorgungen und die persönliche Pflege
92 selbst und unabhängig zu erledigen. Dies bedingt den Erhalt und den Ausbau von wohnungsnahen
93 Einkaufsmöglichkeiten und Zugängen zu Dienstleistungen z.B. bei Sparkassen, Banken, Post, Bahn
94 und Behörden.

95 Erforderlich ist zudem eine umfassende Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur sowie ein
96 leistungsfähiger ÖPNV in der Stadt und im ländlichen Raum.

97

98 • Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandinfrastruktur und Unterstützung von Projekten
99 und Programmen, die die Nutzung des Internetzes und anderer digitaler Möglichkeiten speziell durch
100 ältere Menschen ermöglichen und erweitern.

101 Bereitstellung von kostenfreien Internetzugängen für Patienten und Bewohner in allen Alten-, Pflege-
102 und Krankeneinrichtungen. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sind zu nutzen.

103

104 Insgesamt ist die ältere Generation in Baden-Württemberg eine wertvolle Ressource, die einen
105 wichtigen Beitrag zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Region leistet. Ihr
106 Wissen, ihre Erfahrung und ihr Engagement sind unverzichtbar, um die Lebensqualität in Baden-
107 Württemberg zu erhalten und zu verbessern.

108 Es ist wichtig, ihre Bedürfnisse und Anliegen zu berücksichtigen und sie als selbstverständlichen und
109 gewinnbringenden Bestandteil unserer Gesellschaft aktiv in die Gestaltung der Zukunft der Region
110 einzubeziehen.

111 Daran wollen wir als Senioren-Union Baden-Württemberg mitarbeiten.

112

113

114 Antragskommission empfiehlt Annahme.